

ANFRAGE

des Abgeordneten Walter Rauch
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und
Technologie

betreffend Ab 2050 gibt es mehr Plastik im Ozean als Fische

Folgendes konnte man am 06.09.2021 im Onlineportal des „derstandard.at“ lesen:
„Durch Plastik fallen laut WWF-Studie 3.100 Milliarden Euro jährliche Kosten an.
Kunststoffe verursachen jährlich 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid.

Ohne Plastik würde die Welt wie wir sie heute kennen, vermutlich nicht funktionieren,
oder zumindest deutlich anders aussehen. Seit der deutsche Chemiker Hermann
Staudinger 1920 mit seinem Artikel "Über Polymerisation" das Fundament der
modernen Polymerwissenschaften gelegt hat und in den 1950er-Jahren mit einem
neuen Verfahren die Voraussetzung für die industrielle Herstellung von Polyethylen
geschaffen wurde, leben wir im zunächst euphorisch begrüßten Kunststoffzeitalter.

Mittlerweile freilich hat sich das Image von Plastik deutlich gewandelt. Wie man
inzwischen weiß, verursacht gerade die enorme Haltbarkeit von Kunststoff langfristig
Probleme: Es zersetzt sich in den meisten Fällen nur sehr langsam und belastet
dadurch die Umwelt in immer stärkerem Ausmaß, wahrscheinlich für Jahrhunderte.

Plastik ist jedoch nicht nur in den Ozeanen eine Belastung oder als Mikropartikel für
die Gesundheit schädlich, es trägt auch nicht unerheblich zum Klimawandel bei, wie
eine aktuelle Studie darlegt: Kunststoffe verursachen jährlich 1,8 Milliarden Tonnen an
Treibhausgasen und damit Milliardenbeträgen an Folgekosten. Wäre Plastik ein Staat,
dann wäre es "der fünftgrößte CO2-Sünder weltweit", zitiert der WWF am Montag aus
dem Report. Für die Untersuchung mit dem Titel "Plastic: The Costs To Society, The
Environment And The Economy" haben Forscher der Umweltberatungsagentur
Dalberg Advisors im Auftrag der NGO errechnet, welche Folgekosten Kunststoffe auf
Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft haben. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Das
globale Plastikaufkommen verursachte im Jahr 2019 Kosten von 3.100 Milliarden Euro
– rund acht Mal das Bruttoinlandsprodukt Österreichs.

Die enorme Summe entsteht durch Produktion, Verwertung und Abfall von
Kunststoffen. Jeder Euro, der für Plastik ausgegeben wird, verursacht über seinen
Lebenszyklus hinweg zehn Euro an weiteren Kosten. Hauptverantwortlich dafür sind
jährlich rund 200 Millionen Tonnen an Plastikmüll von denen laut dieser Studie etwa
5,5 Prozent Tonnen im Meer landen, 41 Prozent werden insgesamt nicht recycelt. "
"Geht es so weiter, wiegt Plastik im Jahr 2050 mehr als alle Fische im Meer. Die Kosten
sind nicht nur für die marinen Ökosysteme untragbar, sondern gefährden auch die

Fischerei und Tourismusindustrie zunehmend", sagte Axel Hein, Meeresexperte des WWF Österreich. Und diese Kosten werden im Verkaufspreis von billig erhältlichen Plastikprodukten nicht berücksichtigt. Der Preis von Plastik lag im Untersuchungszeitraum 2019 bei rund 1.000 Dollar pro Tonne. Doch allein die Kosten für die freigesetzten Treibhausgase des Plastikaufkommens belaufen sich auf 171 Milliarden Dollar, berichten die Experten.

Und aus sichtbaren Kunststoffteilen wird über die Jahre und Jahrhunderte irgendwann Mikroplastik: "So dringt es sogar bis in unsere Nahrungskette ein", warnte Hein unter Berufung auf eine frühere Studie, wonach durchschnittlich jeder Mensch fünf Gramm Mikroplastik pro Woche zu sich nimmt. Das käme etwa dem Konsum einer ganzen Kreditkarte gleich. Die Kunststoffproduktion und ihre Folgen sind dabei weiter am wachsen: "Laut unserer Studie wird sich das Plastik-Aufkommen bis 2040 verdoppeln, wenn nicht rasch und entschlossen dagegen vorgegangen wird. Dieses Umweltproblem wird Jahr für Jahr schlimmer und lastet auf den Schultern nachfolgender Generationen", warnte Hein. Ohne eine Trendumkehr wird laut der Studie das globale Plastikaufkommen im Jahr 2040 dann für ein Fünftel des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich sein.

Die NGO fordert daher ein globales, rechtlich bindendes Abkommen gegen die Plastik-Flut, das im Rahmen der UN-Umweltversammlung (UNEA) im Februar 2022 beschlossen werden und bis 2030 ein Ende der "Plastik-Krise" herbei führen soll. Voraussetzung wäre ein weltweites globales Vorgehen, was freilich enorme Veränderungen erfordern würde, wie eine Studie vom vergangenen Juli zeigt: Damit die Müllberge kleiner und die Kunststoffproduktion geringer werden können, braucht es nicht nur neue Infrastrukturen. Grundlegende gesellschaftliche Struktur- und Lebensstiländerungen sowie ein regelrechter Kulturwandel, sei daher nötig. Zunächst sieht der WWF für Österreich die Notwendigkeit eines Ausbaus der Mehrweg-Angebote und eine rasche Realisierung eines flächendeckenden Pfandsystems für Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen."

<https://www.derstandard.at/story/2000129433407/bis-2050-gibt-es-mehr-plastik-im-ozean-als-meeresfische?amplified=True>

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen bekannt, dass es bei der aktuellen Entwicklung ab 2050 mehr Plastik im Ozean als Meeresfische geben wird?
2. Wie wirkt sich diese Entwicklung auf Österreich aus?

3. Inwiefern ist man sich in Ihrem Ressort des Problems bewusst?
4. Planen Sie etwas dagegen zu unternehmen?
5. Ist Ihnen die WWF-Studie bekannt, wonach 3.100 Milliarden Euro jährliche Kosten durch Plastik anfallen und Kunststoffe jährlich 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid verursachen?
6. Haben Sie mit dem WWF Österreich diesbezüglich gesprochen?
7. Wenn ja, wann?
8. Wenn ja, mit wem genau?
9. Wenn ja, was waren die konkreten Gesprächsinhalte?
10. Wenn nein, wieso nicht?
11. Wenn nein, werden Sie mit dem WWF Österreich Kontakt aufnehmen?
12. Welche sonstigen Kooperationen, Verträge o.Ä. Ihres Ressorts gibt es mit dem WWF?
13. Setzen Sie sich für ein globales, rechtlich bindendes Abkommen gegen die Plastik-Flut ein?
14. Wenn ja, in welchen Foren?
15. Wenn ja, wie soll dieses genau aussehen?
16. Wie hoch wird die Reduktion an Plastik- und Aluverbrauch durch die Einführung von Mehrweg-Angeboten und eines flächendeckenden Pfandsystems für Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen sein?



MP



